

Grenzüberschreitende Planungsverfahren zwischen Deutschland und Polen¹

Thomas Fabian (fabian@vsp.tu-berlin.de)

Technische Universität Berlin

Fachgebiet Verkehrssystemplanung und Verkehrstelematik

Salzufer 17 - 19, 10587 Berlin

Die Planungsverfahren für Verkehrswege sind in den verschiedenen Staaten Europas von erheblichen Unterschieden gekennzeichnet. Bereits bei rein nationalen Infrastrukturprojekten erfordern die Planungen ein hohes Maß an Koordination zwischen einer Vielzahl von Institutionen und Akteuren. In Grenzregionen und über nationale Grenzen hinweg stellt sich die Planung derartiger Verkehrsprojekte als eine ungleich größere Herausforderung dar. Die beteiligten Institutionen und Akteure beiderseits der Grenze stehen hier trotz häufig ähnlicher oder gemeinsamer Interessen vor dem Problem gemeinsame Entscheidungen herbeiführen zu müssen, ohne dabei auf gemeinsame Strukturen und Verfahren zurückgreifen zu können.

In der deutsch-polnischen Grenzregion liegen heute mehrjährige Erfahrungen bei der gegenseitigen Information und Abstimmung über die *strategischen* Planungen vor. Im Hinblick auf die Durchführung und Ausgestaltung der beiderseits der Grenze erforderlichen Planungsverfahren bei *konkreten* Infrastrukturprojekten muss jedoch weitgehend Neuland beschritten werden. In diesem Beitrag werden die Erfahrungen bei der Durchführung eines grenzüberschreitenden Planungsverfahrens für eine neue regionale Straßenverbindung zwischen Deutschland und Polen vorgestellt.

Zur Verbesserung der regionalen Erreichbarkeit sowie zur wirtschaftlichen Belebung der gemeinsamen Grenzregion ist die Schaffung einer neuen grenzüberschreitenden Straßenverbindung im Raum zwischen Frankfurt (Oder)/ Slubice — Eisenhüttenstadt/ Kłopot geplant. Dieser Raum wird insbesondere durch eine sensible naturräumliche Ausstattung beiderseits der Oder sowie Hochwasserschutzanlagen charakterisiert, die die Planungen nachhaltig beeinflussen.

Formale Grundlage der Planungen bildet eine Arbeitsvereinbarung zwischen dem Land Brandenburg und der Wojewodschaft Lebus, die im August 2001 unterzeichnet wurde und neben der Einrichtung einer gemeinsamen deutsch-polnischen Arbeitsgruppe, die Erstellung einer Machbarkeitsstudie sowie die Durchführung eines gemeinsamen Raumordnungsverfahrens für das Vorhaben vorsieht. Die Koordination der national unterschiedlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren wird insbesondere durch das Fehlen eines raumordnerischen Vorverfahrens erschwert, in dem verschiedene Trassenvarianten auf ihre Eignung untersucht werden.

11. Februar 2005

¹ Der vollständige Beitrag Thomas Fabian, Wolfgang Stoll und Brigitte Kubica ist in der Akademie für Raumforschung und Landesplanung ARL, Landesarbeitsgemeinschaft "Chancen der EU-Osterweiterung für Ostdeutschland" XY/2005 erschienen. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an den o.g. Autor.